

Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2025

Vorberatung im Bau- und Sozialausschuss am 10. Dezember 2024

Beschlussfassung im Gemeinderat am 18. Dezember 2024

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
I. Anträge des Gemeinderats	3
2.1 Einrichtung eines Bürger*innenraums im Stadtteil Kreuzberg	3
2.2 Kürzung Planansatz „interne Umzüge im Rathaus“	4
2.3 Technische Ertüchtigung des Crailsheimer Ratssaals	6
2.4 Streichung des Sicherheitskonzeptes	7
2.5 Stationäre Geschwindigkeitsmessanlage Maulach.....	8
2.6 Streichung Planansatz „Abbruch Gartenstraße 18“	9
2.7 Streichung Beschaffung Wasserspender an Schulen	10
2.8 Studie zum Anbau Musikschule	11
2.9 Erhöhung der Mittel für das Kulturwochenende, das Fränkische Volksfest und die Stadtbücherei.....	12
2.10 Zuschuss DBK-Historische Bahn Crailsheim e.V.....	14
2.11 Errichtung einer Konzertmuschel im Spitalpark	15
2.12 Streichung Sanierung Stadtmauer.....	16
2.13 Streichung/Konkretisierung Baumaßnahme Hangar.....	17
2.14 Umgestaltung Maschinenhalle Yanmar-Gebäude zu Probenraum	18
2.15 Errichtung eines städtischen MVZ	20
2.16 Installation eines Fahrradständers am Jugendzentrum Crailsheim.....	22
2.17 Sofortmaßnahme Kiga Tiefenbach.....	23
2.18 Sofortmaßnahme Kiga Westgartshausen.....	25
2.19 Streichung Mittel für Anschaffung Mähgerät	26
2.20 Beschaffung Wasserspender im öffentlichen Raum.....	27
2.21 Verschiebung der Überplanung des ZOB-Areals	28
2.22 Streichung Planansatz Stall/Reithalle.....	30
2.23 Errichtung Schotterweg Betty-Essinger-Weg zum Kiga Safari	31
2.24 Streichung der Mittel für den Kreisverkehr in Roßfeld.....	32
2.25 Errichtung eines Turbokreisverkehrs am Bullinger Eck	33
2.26 Verschiebung Tiefgaragensanierung und Streichung der Mittel für die optische Aufwertung und Verbreiterung der Stellplätze der Rathaus Tiefgarage	34

2.27	Erhöhung der Parkgebühren der Stadt Crailsheim.....	35
2.28	Einführung eines „On-Demand-ÖPNV“	36
2.29	ÖPNV/On-Demand-Verkehr	37
2.30	Spielplatzaufwertung für Kleinkinder	38
2.31	Maßnahmen zur Entsiegelung und Begrünung von Flächen.....	39
2.32	Streichung Mitgliedschaft „Energiekarawane“	40
2.33	Streichung der Mittel für Wohnmobilstellplätze	41
2.34	Wohnmobilstellplätze.....	42
II.	Anträge der Verwaltung.....	43
2.35	Zuschuss zum Vereinsheim SV Westgartshausen	43
2.36	Vermietung Burgbergstraße 45 in 2025	44
2.37	Bauarbeiten Rathaus.....	45
2.38	Fahrradabstellplatz für Mitarbeiter und Fahrradabstellplatz für die Öffentlichkeit an der Stadtbücherei mit zugehörigen Förderungen.....	46
2.39	Sanierung Schule Onolzheim.....	47
2.40	Außenflächen ASG	48
2.41	Lautsprecheranlage und Videoüberwachung Fränkisches Volksfest	49
2.42	Nicht investive Sportförderung	50
2.43	Radweg Crailsheim-Beuerlbach Zuschuss.....	51
2.44	Bike & Ride Fahrradabstellanlage Bahnhof.....	52
2.45	Ersatzbeschaffungen Spielgeräte	53
2.46	Wegebau an der Leichenhalle Friedhof Westgartshausen	54
2.47	Tiefenbach Friedhof lfd. Betrieb Baumaßnahmen	55
2.48	Neubau Schafstall Westgartshausen	56
III.	Nicht haushaltsrelevante Anträge	57

I. Anträge des Gemeinderats

Lfd. Nr.

Zust. GK/Ressort

2.1 Einrichtung eines Bürger*innenraums im Stadtteil Kreuzberg

II/R9/R6

THH 6 / Profitcenter 1114-06

I-Auftrag I11140670-01: Bürgerschaftliches Engagement Baumaßnahme

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Erleichtern wollen wir es auch den Engagierten im Stadtteil Kreuzberg. Neben der Samariterstiftung ist der Arbeitskreis Kreuzberg dort sehr aktiv und setzt sich für die Gemeinschaft vor Ort ein.

Um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und vor allem einen Ort der Begegnung für alle Bürger*innen des Kreuzbergs zu schaffen, beantragen wir die Einrichtung eines Bürger*innenraums im Stadtteil Kreuzberg und hierfür 50.000 Euro als Planungsrate für das Jahr 2026 sowie 200.000 Euro für die Errichtung des Raumes im Jahr 2027 in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die Verwaltung steht dem Thema grundsätzlich offen gegenüber, sieht die Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt aber mangels passender Räumlichkeiten kritisch. Ein möglicher Bürgerraum kann im Zuge der Planungen für eine 1-Feldsporthalle diskutiert und beschlossen werden.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2026	0 €	0 €	±0 €
2027	0 €	0 €	±0 €

THH 9 / Profitcenter 1124

Kostenstelle 11243200/Kostenart 42110001

- a) Antrag der SPD Fraktion
„Kürzung des Planansatzes „interne Umzüge im Rathaus“ lfd. Nr. 8 THH9 1124 um insgesamt 100.000 €.

Wenn wir von Einsparungen sprechen müssen, dann muss jede Ausgabe auf den Prüfstand gestellt werden. Die Ansätze für interne Umzüge im Rathaus, noch dazu nicht einmal im Gemeinderat vorbesprochen, stellen wir massiv in Frage. Uns ist klar, dass dies noch eine Nachfolge der von Ihnen, sehr geehrter Herr OB Dr. Grimmer, gewünschten Verwaltungsumstrukturierung sein könnte, aber die Notwendigkeit von Umzügen – noch dazu in einem Gesamtrahmen in Höhe von 629.000 € - hat sich uns nicht zwingend erschlossen. Daher muss an diesem Punkt definitiv gespart werden und wir beantragen die Kürzung des Planansatzes.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Aus Sicht der Stadtverwaltung sollte auf die Kürzung des Planansatzes für die internen Umzüge verzichtet werden, da sonst eine Zusammenführung der Organisationseinheiten und eine Optimierung der Raumnutzung nicht gewährleistet werden kann.

Zunächst muss festgehalten werden, dass die Umzüge, anders als im Antrag der SPD Fraktion dargestellt, weder mittelbar noch unmittelbar mit der Verwaltungsumstrukturierung im Zuge des Amtsantritts von OB Dr. Grimmer in Verbindung stehen. Die damit zusammenhängenden Umzüge sind bereits seit geraumer Zeit abgeschlossen.

Die jetzigen Umzüge sind einerseits das Resultat der beschlossenen Einführung des Gebäudemanagements. Andererseits haben aber auch die Stellenmehrungen der vergangenen Jahre eine Optimierung in der Raumnutzung zwingend notwendig gemacht, da die Kapazitäten des Rathauses schlicht ausgereizt sind. Der Umzug der Ressorts Recht & Revision und Soziales & Kultur in das Gebäude Schlossplatz 2 ist ebenfalls eine Folge hiervon.

Bei der Planung der Umzüge im Rathaus wurden daher zwei Prämissen verfolgt. Zum einen sollten die neu geschaffenen Organisationseinheiten im Gebäudemanagement bestmöglich zusammengeführt werden, um aufgrund der räumlichen Nähe Synergieeffekte in der Leistungserbringung zu ermöglichen. Zum anderen wurde der Raumbedarf für die Gesamtzahl der Mitarbeitenden im Rathaus durch eine optimierte Raumnutzung sowie Ansätze des New Work

berücksichtigt. Insgesamt werden so eine bestmögliche Verteilung der Organisationseinheiten sowie Ausnutzung der Raumkapazitäten erreicht.

In der Vergangenheit wurde mehrfach seitens des Gemeinderats betont, dass die Stadtverwaltung Crailsheim Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität vornehmen soll. Im Hinblick auf die Arbeitnehmerzufriedenheit sind neben dem Gehalt und flexiblen Arbeitszeitmodellen auch weitere Faktoren wichtig. Hierbei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass eine attraktive Arbeitsplatzgestaltung eine zentrale Rolle einnimmt. Dazu gehört auch, dass eine räumliche Nähe zu den unmittelbaren Kolleginnen und Kollegen besteht und hiermit die Möglichkeit für einen niederschweligen formellen und informellen Austausch gegeben ist. Weiterhin müssen auch Raumzuschnitte, Beleuchtung und Möblierung sowie die Einteilung der Arbeitsbereiche adäquat sein.

Daher empfiehlt die Verwaltung dringend, die hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel mit unveränderten Planansätzen zu belassen, da sonst nicht sichergestellt werden kann, dass diese Ziele erreicht werden.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	250.000 €	250.000 €	±0 €

2.3 Technische Ertüchtigung des Crailsheimer Ratssaals

I/R2/R9/R6

THH 2 / Profitcenter 1124

I-Auftrag I11240070-11: Rathaus lfd. Betrieb Baumaßnahme

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Zudem beantragen wir die technische Ertüchtigung des Crailsheimer Ratssaals für kulturelle Veranstaltungen und hierfür 50.000 Euro als Planungsrate in die mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 2027 und 350.000 Euro für die Ertüchtigung im Jahr 2028 aufzunehmen.“

Bei der Auswahl der technischen Ausstattung sollen alle institutionellen Crailsheimer Kulturinitiativen mit einbezogen werden, die Interesse daran haben. Dazu gehören beispielsweise KULTiC, Adieu Tristesse, der Arbeitskreis Kulturwochenende Crailsheim und die Konzertgemeinde.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die Verwaltung steht dem grundsätzlich offen gegenüber und verweist auf die umfassende Empfehlung der Verwaltung in Sitzungsvorlage 2022/090 hinsichtlich eines ähnlichen Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Hierin wird auch dargelegt, dass nur die den Ratssaal nutzenden Initiativen eingebunden werden sollten. Nach Vertagung hat allerdings der Gemeinderat dann am 02.02.23 beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Zwingend zu klären sind im Vorfeld aber die tatsächlichen Bedarfe und die resultierenden Anforderungen der jeweiligen Gruppierungen. Ein kostenintensiver Umbau sollte im Verhältnis zur Anzahl der entsprechenden Veranstaltungen stehen.

Als kritischer Faktor sei die Statik der Dachkonstruktion benannt, hier muss detailliert betrachtet werden, welche zusätzlichen Lasten ggfs. noch aufnehmbar sind bzw. welche ergänzenden Arbeiten notwendig werden.

Da die zeitliche Umsetzung auf Grund der Vielzahl an Projekten und der bekannten Auslastung des Ressorts Immobilienmanagement nicht unmittelbar zugesagt werden kann, wird zunächst die Aufnahme einer Planungsrate empfohlen.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird teilweise zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2027	0 €	50.000 €	+50.000 €
2028	0 €	0 €	±0 €

2.4 Streichung des Sicherheitskonzeptes

II/R7

THH 7 / Profitcenter 1220

Kostenstelle 12205020 / Kostenart 44310001

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Verzichten wollen wir auf das geplante Sicherheitskonzept. Wir beantragen die Streichung der 40.000 Euro für das geplante Sicherheitskonzept aus dem Haushaltsplan 2025 der Stadt Crailsheim. Es darf aus unserer Sicht kein Sicherheitskonzept in der geplanten Art und Weise erstellt werden, das so viel Geld kostet, ohne die Sicherheit überhaupt konkret zu erhöhen.“

Sicherheitsbedenken von Bürger*innen sind ernst zu nehmen. Maßnahmen, die ein höheres Sicherheitsgefühl und gleichzeitig auch höhere Sicherheit erzeugen können, liegen jedoch auch ohne Arbeit und Papier erzeugendes Sicherheitskonzept auf der Hand. Eine Stadtgestaltung mit helleren Durchgängen und Beleuchtung schafft hier Abhilfe. Ggf. ist mehr Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes sicherheitsfördernd.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Da das Sicherheitskonzept bereits läuft und aus Mitteln des Ressorts Sicherheit & Bürgerservice bestritten werden kann, sind Mittel in Höhe von 10.000 € im Jahr 2025 ausreichend. Der Planansatz kann entsprechend reduziert werden.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird teilweise zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	40.000 €	10.000 €	-30.000 €

2.5 Stationäre Geschwindigkeitsmessanlage Maulach

II/R7

THH 7 / Profitcenter 1223

Kostenstelle 12215040/Kostenart diverse

I-Auftrag I12210070-XX: Verkehrsüberwachung Baumaßnahmen

- a) Antrag der AWW-Fraktion
- „a. Die Stadt Crailsheim installiert an der Ortseinfahrt Maulach aus Richtung Schwäbisch Hall kommend am Beginn der 50er-Zone (alternativ bereits am Beginn der 70-erZone) eine feste Geschwindigkeitsmessanlage.
- b. Sachverhalt und Begründung: Trotz der Beschilderung ist der Verkehr, der Maulach in Nord und Süd trennt, in sehr vielen Fällen nicht angemessen. Um dem dauerhaft Einhalt zu gebieten, hilft, wie an anderer Stelle erfolgreich bewiesen, nur das Aufstellen einer entsprechenden Anlage damit die Motivation gesteigert wird die StVO zu beachten oder bei Missachtung wenigstens eine Konsequenz aufgezeigt zu bekommen.
- c. Die Kosten für so eine Anlage tragen sich in der Regel in relativ kurzer Zeit selbst, die generierten Einnahmen können für andere Verkehrsprojekte genutzt werden.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Der Gemeinderat hat die Anschaffung einer weiteren semistationären Geschwindigkeitsmessanlage beschlossen. Die Lieferung der Anlage steht kurz bevor. Die Erfahrungen mit einer semistationären Messanlage hinsichtlich der Erhöhung der Verkehrssicherheit sind sehr gut. Mit der Beschaffung eines weiteren Gerätes wird es zunehmend besser möglich sein, den gestiegenen Anforderungen an die Verkehrssicherheit Genüge zu tun. Auf die Beschaffung einer weiteren stationären Anlage kann daher verzichtet werden.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €

THH 7 / Profitcenter 1260

I-Auftrag I12600070-02: Abbruch Gartenstr. 18

a) Antrag der SPD Fraktion

„Streichung des Planansatzes „Abbruch Gartenstraße 18“, lfd. Nr. 8 in THH7 1260 GH_FW1. Dies bringt Einsparungen von 60.000 €.

Gerade im Hoch- und Tiefbau schieben wir geplante Ausgaben jahrelang vor uns her. Daher sollten wir hier für Entlastung sorgen. Einen Behelfsparkplatz - auch wenn dieser für die Feuerwehr entstehen soll - anstelle eines Wohngebäudes ist nicht in unserem Sinne, noch dazu, wenn wir als Stadt immer wieder nach Wohnraum suchen. Daher ist dieser Planansatz in Gänze zu streichen.“

b) Stellungnahme der Verwaltung

Das Gebäude wurde hauptsächlich aus strategischen Gründen gekauft. Hier wird durch den Lückenschluss von bestehenden städtischen Flächen eine zukünftige städtebauliche Entwicklung ermöglicht.

Auch eine mögliche Nutzung zur Unterbringung wurde geprüft, auf Grund des schlechten baulichen Zustandes aber verworfen. Zum Beispiel ist die gesamte Elektroinstallation veraltet und nicht mehr mit einfachen Mitteln in Stand zu setzen. Für diese Nutzung scheidet das Gebäude daher leider aus, auch andere Nutzungen sind nicht möglich.

Die Feuerwehr beklagt hingegen schon lange die Parkplatzsituation im Einsatzfall. Die vorhandene Parkplatzzahl ist zu gering, der Kreuzungsverkehr von einrückenden und ausrückenden Kräften nicht nur auf dem Hof der Feuerwehr, sondern auch im öffentlichen Straßenraum gefährlich. Der Abbruch und die temporäre zur Verfügungstellung als Parkfläche ist daher ein einfacher und naheliegender Kompromiss.

Eine dauerhafte Lösung kann erst nach Vorlage eines neuen Feuerwehrbedarfplanes und einer Aussage zur Zukunft der Wache 1 getroffen werden.

c) Empfehlung der Verwaltung

Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	60.000 €	60.000 €	±0 €

2.7 Streichung Beschaffung Wasserspender an Schulen

I/R3/R9

THH 3 / Profitcenter 211010

I-Auftrag I21101071-06: Wasserspender an Schulen

- a) Antrag des Stadtrats Gansky
„Die BLC wollte Wasserspender im öffentlichen Raum. Die SPD nicht, aber dafür in Schulen, die ohnehin in jedem Klassenzimmer Wasserhähne besitzen!
Die BLC ist für die Streichung der Ausgaben für schulische Wasserspender! Das werden wohl mindestens 50.000 € sein. (S.74)“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Das Thema der Trinkwasserspender – egal ob im Außenraum oder in Gebäuden – ist konfliktträchtig und bedarf noch weiterer Regelungen, um am Ende alle gesetzlichen Pflichten beim „Inverkehrbringen des Lebensmittels Trinkwasser“ auch rechtsverbindlich nachgekommen zu sein.

Die vorbereitenden Arbeiten wurden auf Basis des verbindlichen Gemeinderatsbeschlusses bereits beauftragt und in Teilen ausgeführt. Der Haushaltsansatz bezieht sich in erster Linie auf die Anschaffung der eigentlichen Wasserspender und einen zugehörigen Wartungsvertrag.

Ungeachtet dessen werden durch Ressort Mobilität & Umwelt auch bereits Standorte für Wasserspender im öffentlichen Raum geprüft.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	120.000 €	120.000 €	±0 €

THH6 / Profitcenter 2630-06

I-Auftrag I26300670-XX: Baumaßnahme Musikschule

- a) Antrag der SPD Fraktion
„Studie zur Erweiterung des Gebäudes der Musikschule mit einem Planansatz von 25.000 €.

Wer unsere Anfragen und Arbeit verfolgt, weiß, dass uns die Stadtkapelle sehr am Herzen liegt. Sie und weitere Vereine vertreten unsere Stadt musikalisch herausragend. Seit Jahren benötigt nicht nur die Stadtkapelle eine feste Einrichtung, in der ständiges Proben und auch Auftreten möglich ist. Der aktuelle Zustand in der Eichendorffschule ist ein Provisorium, das nicht auf Dauer Bestand haben kann – auch wenn wir in der Stadt beste Erfahrungen mit Provisorien haben. Unsere Überlegung dient dem Gedanken, dass wir die musikalischen Angebote der Stadt sammeln. Aus diesem Grund soll nach unserer Vorstellung eine Art Musik-Pavillon oder gläserner Anbau an der Musikschule entstehen. Damit dies auch zeitnah erfolgen kann, wollen wir eine Studie in Auftrag geben lassen, die unter Einhaltung der denkmalschützenden Vorschriften eine zeitnahe Umsetzung aufzeigt und die Kosten darstellt.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Es besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, dass die bisherige Situation des Proberaumes in der Eichendorffschule unbefriedigend ist und eine Lösung gefunden werden muss. Auch eine Bündelung von ähnlichen Nutzungen ist sicher zu befürworten. Die Verwaltung sieht aber im vorgeschlagenen Standort an der Musikschule keine Option. Sowohl Bebauungsplan bzw. Baufenster als auch die Parkplatzsituation vor Ort sind für ein solches Vorhaben nicht ausgelegt.

Mögliche Standortalternativen für einen singulären Proberaum der Stadtkapelle aber auch in Kombination mit anderen Nutzungen sind an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet, z.B. im Paradeisquartier, langfristig insbesondere für Neubaulösungen gegeben. Als konkreten Vorschlag verweist die Verwaltung auf den ähnlich lautenden Antrag der BLC zur Nutzung des Yanmar-Gebäudes.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €

2.9 Erhöhung der Mittel für das Kulturwochenende, das Fränkische Volksfest und die Stadtbücherei

II/R6

THH 6 / Profitcenter 2810

Kostenstelle 28105070 bzw. 77770000/ Kostenart 42710000 (*Kulturwochenende*)

THH 6 / Profitcenter 2810

Kostenstelle 28105110 bzw. 77770000/ Kostenart 42710000 (*Fränkisches Volksfest*)

THH 6 / Profitcenter 2720

Kostenstelle 27205010 bzw. 77770000/ Kostenart 42710000 (*Stadtbücherei*)

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Nach den attraktivsten Festen Crailsheims gefragt, wären die häufigsten Antworten mit Sicherheit Kulturwochenende und Volksfest. Die Frage, welches der beiden Events auf Platz 1 gehört, lassen wir an dieser Stelle offen. Fakt ist, dass weder das Kulturwochenende noch das Volksfest wegzudenken und ein fester Bestandteil unserer Jahreskalender sind.“

Aufgrund von Preissteigerungen beantragen wir, als Inflationsausgleich die Mittel für das Kulturwochenende, das Fränkische Volksfest und die Stadtbücherei im Haushaltsplan 2025 und in der mittelfristigen Finanzplanung um insgesamt 25.000 Euro je Haushaltsjahr zu erhöhen.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
28105070 (Kulturwochenende): Durch weniger Spenden und allgemeinen Preissteigerungen wurden die verfügbaren Mittel in den Jahren 2023 und 2024 überzogen. Daher wird eine Erhöhung der Mittel um 10.000 Euro für sinnvoll erachtet.

28105110 (Fränkisches Volksfest): Durch die allgemeinen Preissteigerungen ist eine Erhöhung der Mittel um 10.000 Euro sinnvoll.

27205010 (Stadtbücherei): Die Preissteigerung bei Büchern beträgt rund 5 % daher ist eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 5.000 Euro sinnvoll.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird zugestimmt.

Kulturwochenende

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	10.000 €	+10.000 €
2026	0 €	10.000 €	+10.000 €
2027	0 €	10.000 €	+10.000 €
2028	0 €	10.000 €	+10.000 €

Fränkisches Volksfest

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	10.000 €	+10.000 €
2026	0 €	10.000 €	+10.000 €
2027	0 €	10.000 €	+10.000 €
2028	0 €	10.000 €	+10.000 €

Stadtbücherei

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	5.000 €	+5.000 €
2026	0 €	5.000 €	+5.000 €
2027	0 €	5.000 €	+5.000 €
2028	0 €	5.000 €	+5.000 €

THH 6 / Profitcenter 2810

Kostenstelle 28105080/Kostenart 43180000

a) Antrag der SPD Fraktion

„Einmaliger Zuschuss an den Verein DBK – Historische Bahn Crailsheim e.V. zum Erhalt bahngeschichtlicher Gebäude in der Stadt und zur Sanierung einer Giebelwand mit einem Planansatz von 50.000 €.

Im Zuge der Bewerbung zur Landesgartenschau entwickelte die Verwaltung viele innovative Ideen, wie wir unsere Stadt vorantreiben können. Wir denken hier an die Entwicklung eines „Erlebnisentrums“ an den Bahnanlagen. Crailsheim ist, war und bleibt Eisenbahnerstadt. Auch wenn wir momentan noch eher neben als mit den Bahnanlagen leben, so gibt es dennoch Gebäude, die uns an die Vergangenheit erinnern. Eines hiervon ist der Lokschuppen, den der Verein DBK Historische Bahn für seine Arbeit nutzt. Hier ist die Giebelwand in schlechtem Zustand und muss saniert werden. Die Kosten hierfür überfordern jedoch den kleinen Verein, sodass es im Interesse der Stadt sein muss, das Gebäude zu erhalten und eine künftige Entwicklung des Bahnareals im Blick zu behalten. Aus diesem Grund beantragen wir den oben genannten Zuschuss an den Verein.“

b) Stellungnahme der Verwaltung

Der Lokschuppen wird nicht nur vom Verein DBK – Historische Bahn Crailsheim e.V., sondern auch gewerblich genutzt. Aus diesem Grund und weil es sich um eine reine Freiwilligkeitsleistung handeln würde, lehnt die Stadt eine Kostenübernahme ab. Die Ausgangslage hat sich darüber hinaus seit der Entscheidung gegen eine Landesgartenschau in Crailsheim ebenfalls geändert. Der Verein erhielt eine Zuwendung von 1.500 Euro von der Bürgerstiftung.

c) Empfehlung der Verwaltung

Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €

2.11 Errichtung einer Konzertmuschel im Spitalpark

II/R6

THH 6 / Profitcenter 2810

I-Auftrag I28100070-XX: Konzertmuschel im Spitalpark (neu)

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Kultur jeglicher Art hat für uns generell einen höheren Stellenwert verdient. Wir wünschen uns noch mehr kulturelle Veranstaltungen, wollen diese ermöglichen und fördern. Dazu beantragen wir die Errichtung einer Konzertmuschel im Spitalpark.“

Wir beantragen, für die Konzertmuschel im Spitalpark eine Planungsrate in Höhe von 50.000 Euro in den Haushaltsplan 2025 und zur Errichtung der Konzertmuschel 500.000 Euro in die mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 2026 aufzunehmen.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die feste Installation einer Konzertmuschel im Stadtpark wird nicht für sinnvoll erachtet, da ein solches Konstrukt die flexiblen Veranstaltungen im Stadtpark einschränkt. Daher hat die Stadt eine Trailer-Bühne gekauft, die flexibel aufgestellt werden kann und auch rege von den Veranstaltern genutzt wird.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €
2026	0 €	0 €	±0 €

2.12 Streichung Sanierung Stadtmauer

II/R6/R9

THH 6 / Profitcenter 2810

I-Auftrag I28100070-02: Stadtmauer Sanierung

- a) Antrag des Stadtrats Gansky
„Über die Notwendigkeit, die Stadtmauer jetzt zu sanieren, gilt es zu reden. Die BLC will die 150.000 € streichen. (S.267)“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die Sanierung von zwei weiteren Abschnitten der Stadtmauer ist mittelfristig notwendig. Die Mittel waren ursprünglich für das laufende Kalenderjahr vorgesehen, mussten hier aber aus Sicherheitsgründen teilweise und ungeplant für die Sanierung des Wehrgangs am Diebsturm verwendet werden. Daher wurde ein entsprechender Ansatz nachgemeldet.

Da einer der genannten Abschnitte jedoch im direkten Zusammenhang mit einem geplanten Neubau des Johannesgemeindehaus steht, ist eine zeitliche Verschiebung wohl ohnehin unausweislich.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	150.000 €	0 €	-150.000 €

2.13 Streichung/Konkretisierung Baumaßnahme Hangar

II/R6/R9

THH 6 / Profitcenter 2810-06

I-Auftrag I28100670-02: Hangar lfd. Betrieb Baumaßnahme

- a) Antrag des Stadtrats Gansky
„Beim „Hangar“ gibt es denkwürdige und sehr ungenaue Angaben zu Baumaßnahmen in Höhe von 155.500 €. Die gilt es zu streichen oder genauer aufzulisten. (S.267)“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die Maßnahmen am Hangar wurden in der Vergangenheit, teils auch auf Bestreben und in Abstimmung mit dem Gemeinderat transparent und so präzise wie möglich aufgeschlüsselt.

Die für 2025 angesetzten Mittel umfassen auf genanntem I-Auftrag folgende Positionen:

Neuanmeldung Außenanlage	30.000€
Neuanmeldung Sprachalarmierungsanlage	120.000€
Neuanmeldung Maßnahmen Waschanlage	30.000€
<u>Haushaltsreste HH 23/24</u>	<u>-24.500€</u>
Anmeldebetrag	155.500 €

Die Sprachalarmierungsanlage ist Teil der aktuell laufenden erneuerten Genehmigung, in welcher verschiedene Einzelthemen, unterschiedliche bauliche Zustände und Anforderungen der Betreiber zu einer neuen, rechtssicheren Grundlage zusammengefasst werden. Eine solche Anlage ist in vergleichbaren Hallen Standard und die Notwendigkeit im zugehörigen Brandschutzkonzept belegt.

Da die Waschanlage inzwischen geschlossen ist, sollen große Teile davon zurückgebaut werden. Das Gebäude mit seinen drei Toren soll mit einfachsten Mitteln der Gestaltung der Anlage angepasst und als Lagerfläche erhalten bleiben.

Der Ansatz für die Außenanlage beruht zum einen auf möglichen Forderungen aus der Genehmigung, zum anderen sind je nach weiterer Nutzung des sogenannten Yanmar-Gebäudes ggfs. ordnende Arbeiten an den Parkflächen erforderlich.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	155.500 €	155.500 €	±0 €

THH 6 / Profitcenter 2810-06

I-Auftrag I28100670-02: Hangar lfd. Betrieb Baumaßnahme

a) Antrag des Stadtrats Gansky

„Bei der Besichtigung des Yanmar-Gebäudes wurde der BLC bewusst, welche große Räumlichkeiten dort leer stehen. Die Stadtkapelle benötigt endlich eigene Räume! Im Yanmar-Gebäude wurde uns beim Kauf ein Konzertsaal vorgegaukelt. Der ist zwar für die BLC unrealistisch, aber ein Proberaum kann dort sehr wohl kostengünstig entstehen.

Deshalb beantragt die BLC für 2025 eine Planungsrate von 50.000 € zur Umgestaltung der Maschinenhalle und für das Jahr 2026 eine Bausumme von 500.000 € für die Umgestaltung in einen Probenraum für unsere Stadtkapelle.

Was dort sonst noch für eine Nutzung möglich ist, drüber gilt es ebenfalls nachzudenken und zu reden. Denn da steckt noch jede Menge Potential für anderweitige Nutzung.“

b) Stellungnahme der Verwaltung

Der Leerstand des bislang als Yanmar-Gebäude bezeichneten Anbaus am Hangar beschäftigt selbstverständlich auch die Verwaltung. Bislang wird nur noch der Werkstattbereich im hinteren Teil durch einen Mieter genutzt.

Da sich eine erneute Vermietung der Räumlichkeiten, die auch mit der Nutzung des Hangars verträglich ist, bislang nicht ergeben hat, wurde einer Zwischennutzung für einen kleinen Teil des Gebäudes durch die Volkshochschule zugestimmt. Diese soll zukünftig die bislang in der Kirchstraße 6 in Altenmünster abgehaltenen Deutschkurse hierher verlegen, da die Räume dort im kommenden Jahr als Interimslösung für den Kindergarten der katholischen Kirche genutzt werden sollen.

Darüber hinaus werden aktuell Gespräche mit weiteren städtischen Nutzern hinsichtlich einer Eigennutzung geführt. So ist zum Beispiel ein Zusammenlegen der bislang in verschiedenen angemieteten Räumen untergebrachten Volkshochschule im Gespräch, auch wäre eine städtische Nutzung der Lagerflächen denkbar.

Der vorgeschlagene Umbau und die Nutzung des Werkstattbereichs für einen Proberaum für die Stadtkapelle kann eine durchaus passende Ergänzung dieser angedachten Nutzungen sein. Es gab hierzu auch bereits ein Gespräch mit der Stadtkapelle.

Hier empfiehlt die Verwaltung eine kombinierte Nutzung von Stadtkapelle und Bürgerwache.

Die genannten 50.000 € als Planungsrate scheinen angemessen, da auch Fachplanungen wie Heizung, Lüftung, Sanitär und Elektrotechnik notwendig sind.

Die vorgeschlagenen 500.000 € für eine Umsetzung scheinen hingegen zu gering. Die Verwaltung empfiehlt daher, die Mittel für die Umsetzung auf Basis einer zu erarbeitenden Kostenschätzung anzumelden und die Willensbildung bei den potentiellen Nutzern abzuwarten.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird teilweise zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	50.000 €	+50.000 €
2026	0 €	0 €	±0 €

2.15 Errichtung eines städtischen MVZ

II/R6/R9

THH 6 / Profitcenter 3180-06

Kostenstelle 31805040 (Soziale Beratungs- und Hilfeangebot) bzw. 77770000/Kostenart 44310001 oder 42910000

- a) Antrag der AWW-Fraktion
 - „a. Die Verwaltung beauftragt ein Unternehmen mit dem Ziel ein medizinisches Versorgungszentrum MVZ in städtischer Hand aufzubauen. Das Unternehmen ermittelt neben dem Bedarf die Rahmenbedingungen, für ein städtisches MVZ und bedient sich der Blaupause des MVZ des Landkreises oder anderer.
 - b. Die Verwaltung nimmt Kontakt mit dem Eigentümer des Gebäudes des jetzigen MVZ in Altenmünster (Gaildorfer Straße) und dem Eigentümer der Räumlichkeiten im Ritter-Hochhaus (ehemals Arztpraxis Rosenheim), gerne auch zu anderen, zur Ermittlung der Mietkosten und des Investments auf.
 - c. Für die Planung werden im Haushalt 2025 50.000€ und in der mittelfristigen Finanzplanung jedes Jahr 50.000€ eingestellt.
 - d. Die Mittelbereitstellung, sofern sie überhaupt notwendig ist, erfolgt durch die Verschiebung der Kosten für die Tiefgaragensanierung oder den Erlösen aus dem Verkauf der Luftreinigungsgeräte.
 - e. Sachverhalt und Begründung: Die ärztliche Grundversorgung in ganz Deutschland und natürlich uns direkt betreffend in Crailsheim, ist eines der wichtigsten Themen in unserer Zeit. Nach der unerfreulichen Entwicklung und der Entscheidung der Dres. Hägele/Frank ihre Praxis nach Stimpfach zu verlegen, sehen wir als AWW-Fraktion es gemäß unserem Motto „net lang reida - mache“ als Auftrag für die Crailsheimer Bürgerschaft aktiv an einer Lösung zu arbeiten. Aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen, der Dringlichkeit und der Versorgungssicherheit auf Jahre hinaus, sehen wir die Lösung selbst Träger eines MVZ, bzw. Mutter einer Tochtergesellschaft aufzutreten als optimale Lösung. Dass die Versuche der letzten Jahre Ärztinnen und Ärzte für Crailsheim zu gewinnen nicht erfolgreich waren, muss der mangelnden Attraktivität von Einzelpraxen angelastet werden. Wir können mit der entsprechenden Expertise von Fachkräften als Arbeitgeber für diese Attraktivität sorgen. Ein MVZ bietet diese Vorteile einer deutlich besser zu regelnden Work- Life-Balance mit der entscheidend höheren Wahrscheinlichkeit auch ärztliches Personal für Crailsheim zu gewinnen.

Von Seiten der kassenärztlichen Vereinigung ist der Mittelbereich Crailsheim für Hausärzte als ZuZ: Ziel und Zukunft Gebiet eingestuft

bei der unter Umständen auch ein MVZ mit einer Förderung rechnen und somit kostenneutral betrieben werden kann. Arztsitze für Hausärzte sind aktuell verfügbar/nicht besetzt.“

b) Stellungnahme der Verwaltung

Bereits 2019 hat sich die Verwaltung über ein städtisches MVZ Gedanken gemacht und erste Gespräche geführt. Zu diesem Zeitpunkt war ein genossenschaftliches Modell in der Überlegung. Die Verwaltung kann grundsätzlich zustimmen und hier die Möglichkeiten prüfen. Ein Zulässigkeitsprüfung der wirtschaftlichen Beteiligung muss jedoch zuerst durchgeführt werden.

Die Haushaltsmittel von 50.000 Euro sollten vorerst nur für 2025 vorgesehen werden. Ein möglicher Kostenrahmen für künftige Jahre wird sich aufgrund der Untersuchung abzeichnen.

c) Empfehlung der Verwaltung

Dem Antrag wird teilweise zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	50.000 €	+50.000 €
2026	0 €	0 €	±0 €
2027	0 €	0 €	±0 €
2028	0 €	0 €	±0 €

2.16 Installation eines Fahrradständers am Jugendzentrum Crailsheim

II/R10

THH 6 / Profitcenter 362004

Kostenstelle 36205030 / Kostenart 42710000

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Als kleine Maßnahme zur Förderung des Radverkehrs, beantragen wir die Errichtung eines fest installierten Fahrradständers am Jugendzentrum und hierfür 3.500 Euro in den Haushaltsplan 2025 der Stadt Crailsheim aufzunehmen.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Im Rahmen des Sanierungsgebietes östliche Innenstadt ist bereits ein Fahrradständer in der Planung. Zusätzliche Mittel werden nicht benötigt.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €

THH 3 / Profitcenter 36500101

I-Auftrag I36500171-11: Kiga Tiefenbach lfd. Betrieb bew. Vermögen

a) Antrag der SPD Fraktion

„Sofortmaßnahmen Kindergärten: Hier beantragen wir sowohl den Kauf eines Lagercontainers für den Kindergarten Tiefenbach als auch einfache Lärmschutzmaßnahmen für den Kindergarten Westgartshausen mit einem Planansatz von jeweils 37.500 €.

Wie schon in unseren Vorworten ausgeführt, ist uns die Zukunft unserer Kinder wichtig und auch viel wert. Es ist bedauerlich, dass wir mit unserem Sanierungsplan viel Zeit benötigen, die Kindergärten aber gerade jetzt aus allen Nähten platzen. Dies ändert aber nichts daran, dass es – unabhängig vom Sanierungsplan - aktiven Handlungsbedarf an unseren Kindergärten gibt. So fehlt es unserem Wissen nach in Tiefenbach an einer Lagerräumlichkeit für Mobiliar und Weiterem. Abhilfe soll hier ein Container schaffen, in dem die vorgenannten Gegenstände zwischengelagert werden können. Des Weiteren haben wir bereits auf die schwierige Lärmsituation im Kindergarten in Westgartshausen hingewiesen und bzgl. Lärmschutzmaßnahmen angefragt. Die Antwort der Verwaltung ist für uns in diesem Punkt nicht zufriedenstellend. Die Abhilfe muss – unabhängig von geplanten Sanierungsmaßnahmen – sofort erfolgen, nachdem es auch kurzfristige Abhilfemaßnahmen gibt. Aus diesen Gründen stellen wir jeweils 37.500 € in den Haushalt ein.“

b) Stellungnahme der Verwaltung

Für das kommende Jahr ist eine Begehung aller Kindertageseinrichtungen durch den Gemeinderat geplant. In diesem Zuge können die Örtlichkeiten in Augenschein genommen werden und auch die jeweiligen Bedarfe diskutiert und abgeschätzt werden.

Der Kindergarten Tiefenbach steht bereits auf der Prioritätenliste, zum tatsächlichen Umfang der Arbeiten muss ein Konzept erarbeitet und ggfs. ein gesonderter Beschluss gefasst werden.

Aus Sicht der Verwaltung sollten daher vorab keine Entscheidungen hierzu getroffen werden. Die Situation vor Ort ist sicher nicht optimal, es besteht mit der Lagermöglichkeit in der alten Schule aber zumindest eine temporäre Lösung.

Grundsätzlich lehnt die Verwaltung eine lose Ansammlung von Hütten, Containern und ähnlichem ab. Das ist weder für das Ortsbild als Ganzes noch für die Erscheinung und Außenwirkung des Kindergartens zuträglich. Auch an anderer Stelle wurden ähnliche Anträge in der

Vergangenheit abgelehnt und teilweise konnte auch durch gezielte Aufräumaktionen neue Lagerkapazitäten geschaffen werden.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird zurückgestellt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €

THH 3 / Profitcenter 36500101

I-Auftrag: I36500170-09: Kiga Westgartshausen lfd. Betrieb Baumaßnahme

a) Antrag der SPD Fraktion

„Sofortmaßnahmen Kindergärten: Hier beantragen wir sowohl den Kauf eines Lagercontainers für den Kindergarten Tiefenbach als auch einfache Lärmschutzmaßnahmen für den Kindergarten Westgartshausen mit einem Planansatz von jeweils 37.500 €.

Wie schon in unseren Vorworten ausgeführt, ist uns die Zukunft unserer Kinder wichtig und auch viel wert. Es ist bedauerlich, dass wir mit unserem Sanierungsplan viel Zeit benötigen, die Kindergärten aber gerade jetzt aus allen Nähten platzen. Dies ändert aber nichts daran, dass es – unabhängig vom Sanierungsplan - aktiven Handlungsbedarf an unseren Kindergärten gibt. So fehlt es unserem Wissen nach in Tiefenbach an einer Lagerräumlichkeit für Mobiliar und Weiterem. Abhilfe soll hier ein Container schaffen, in dem die vorgenannten Gegenstände zwischengelagert werden können. Des Weiteren haben wir bereits auf die schwierige Lärmsituation im Kindergarten in Westgartshausen hingewiesen und bzgl. Lärmschutzmaßnahmen angefragt. Die Antwort der Verwaltung ist für uns in diesem Punkt nicht zufriedenstellend. Die Abhilfe muss – unabhängig von geplanten Sanierungsmaßnahmen – sofort erfolgen, nachdem es auch kurzfristige Abhilfemaßnahmen gibt. Aus diesen Gründen stellen wir jeweils 37.500 € in den Haushalt ein.“

b) Stellungnahme der Verwaltung

Das Thema der Raumakustik in Kindergärten war in der Vergangenheit bereits mehrfach im Gespräch. Da der Kindergarten Roßfeld nicht auf der Prioritätenliste steht, hat die Verwaltung diesen aktuell bereits für die Erprobung von raumakustischen Maßnahmen ausgewählt. Durch eine Fachfirma wurden Messungen und Konzepte erstellt, und auch bereits erste Maßnahmen beauftragt. Es ist geplant diese Maßnahme bei Erfolg schrittweise auszuweiten, das ist im Rahmen der Unterhaltungsansätze abbildbar.

In Westgartshausen ist das Verschmelzen der Gruppenräume eine Besonderheit. Die Verwaltung schlägt vor, zusätzlich zu raumakustischen Maßnahmen den kurzfristigen Einbau einer Trennwand zu prüfen. Der dafür notwendige Mittelbedarf kann auf 20.000 € reduziert werden.

c) Empfehlung der Verwaltung

Dem Antrag wird teilweise zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	20.000 €	+20.000 €

2.19 Streichung Mittel für Anschaffung Mähgerät

II/R9

THH 9 / Profitcenter 4241

I-Auftrag I42410071-18: Jahnhalle lfd. Betrieb bew. Vermögen

- a) Antrag des Stadtrats Gansky
„Völlig unverständlich erscheint der BLC die Anschaffung eines Rasenmähers und Anhängers für die „Jahnhalle“, die wir demnächst abreißen. Diese 15.000 € sind zu streichen! (S.355)“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Das hier beschriebene Gerät zur Grünanlagenpflege dient nicht nur der Jahnhalle, sondern auch der Karlsberghalle, dem Jugendzentrum und dem Hausmeisterverbund. Da es nicht erlaubt ist, pauschale Haushaltspositionen ohne entsprechenden Bezug zu beantragen, ergab sich hier die zugegebenermaßen verwirrende Zuordnung zur abgängigen Jahnhalle.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	15.000 €	15.000 €	±0 €

THH 10 / Profitcenter 5110-05

I-Auftrag I51100770-01: Gestaltung Innenstadt Baumaßnahme

- a) Antrag des Stadtrats Gansky
 „Die BLC beantragt 50.000 € für Wasserspender im öffentlichen Raum, ohne die vorherige Freiraumplanung abzuwarten. Die Leute haben jetzt im Sommer Durst! Zudem sind die Kommunen laut § 50 Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG) dazu sogar verpflichtet. Die Installation soll dann im Frühjahr 2025 erfolgen. Die Standorte dafür sind einfach zu finden.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
 Dieser Antrag wurde bereits im Gemeinderat behandelt. Zuletzt in der Sitzung des Gemeinderates vom 27.06.2024. Dieser Antrag fand hier keine Mehrheit. Die Verwaltung lehnt die Errichtung von Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt nicht ab und hält die Installation solcher Brunnen grundsätzlich für sinnvoll, verweist aber darauf, dass derzeit die Planungen zur Umsetzung eines ganzheitlichen Konzeptes für die Crailsheimer Innenstadt begonnen haben.

Auch im Hinblick darauf, dass für solche Anlagen entsprechende Leitungsinfrastruktur geschaffen werden muss, erscheint eine solche Installation sowohl aus wirtschaftlicher, als auch aus planerischer Sicht nicht empfehlenswert. Grundsätzlich könnte man solch eine Maßnahme, ab einem gewissen Zeitpunkt auch vorziehen, hierfür sollte jedoch zunächst das planerische Konzept vorliegen, um sicherzustellen, dass hier keine Problemstellungen entstehen.

Die Verwaltung empfiehlt, daher zunächst noch keinen Haushaltsansatz hierfür zu bilden.

- c) Empfehlung der Verwaltung
 Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €

THH 8 / Profitcenter 5110-07

Kostenstelle 51105010 bzw. 77770000 / Kostenart 42910000

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Unser erster Antrag ist die Verschiebung der Überplanung des ZOB-Areals. Wir beantragen, 100.000 Euro für den Bebauungsplan, das Gutachten und die Beauftragung der Detailplanung für das ZOB-Areal aus dem Haushaltsplan 2025 zu streichen und die 100.000 Euro in die mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 2026 neu aufzunehmen.“

Der Antrag ist kein Votum gegen das neue Paradeisquartier. Vielmehr soll die Chance geschaffen werden, das Augenmerk auf schneller realisierbare Projekte wie das Gebiet Kalkwiesen zu lenken. Der noch anzupassende Masterplan, die Besitz- und Eigentumsverhältnisse, die Unklarheit über eine Hochschulansiedlung und viele ausstehende Gespräche lassen eine konkrete Weiterentwicklung des Projekts im kommenden Jahr unrealistisch erscheinen. Deshalb befürworten wir für 2025 die Konzentration auf andere Projekte wie das Gebiet Kalkwiesen.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Grundsätzlich bedarf es hier einer Klarstellung seitens der Verwaltung. Bei dieser Kostenstelle handelt es sich um die Kostenstelle der verbindlichen Bauleitplanung. Über diese werden projektbezogen die jährlich anfallenden Kosten für die Bauleitplanung abgewickelt. Das wiederkehrende jährliche Budget von rund 200.000 € setzt sich zusammen aus den Kosten für die notwendigen Gutachten, eventuelle Beauftragung von Planungsleistungen, projektbezogene Bürger*innen-Beteiligungen und der Erstellung von Bebauungsplänen. Die durchschnittlichen Kosten eines Bauleitplanverfahrens liegen bei rund 25.000 € bis 30.000 € pro Verfahren, ohne Beauftragung von externen Planungsleistungen. Die Schwierigkeit bei der Kalkulation der Kostenstelle liegt darin, dass zum Zeitpunkt der Kalkulation des HH noch nicht absehbar ist, wie viele und wie komplexe Bauleitplanungen im jeweiligen Jahr durchzuführen sind. Dies gilt im Besonderen für sogenannte Angebots-Bebauungspläne für Dritte. Auch ziehen sich die Verfahren zumeist über die Länge eines HH-Jahres hinweg und Kosten für die jeweiligen Gutachten und Verfahren fallen nicht einmalig an, sondern kontinuierlich während des Verlaufs des Verfahrens.

Zu erwartende Rückläufe für das HH-Jahr 2025 durch Kostenübernahmeverträge sind Stand heute ebenfalls noch nicht zuverlässig zu kalkulieren, da diese erst nach Beendigung des Gesamtverfahrens erhoben werden.

Beide genannten Quartiere sind hinsichtlich der bisherigen Planungskosten hälftig vom Land BW durch das Förderprogramm „Flächengewinnung durch Innenentwicklung“ gefördert worden. Dem Fördergeber wurde eine zügige Bearbeitung der gesamten Planung zugesagt. Jedoch gibt es keinen rechtsverbindlich festgelegten Zeitablauf.

Die Verwaltung empfiehlt, die Mittel in 2025 um 25.000 Euro für das ZOB-Areal/Paradeisquartier zu reduzieren.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird teilweise zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	100.000 €	75.000 €	-25.000 €
2026	100.000 €	100.000 €	±0 €

THH 10 / Profitcenter 5110-08

I-Auftrag I51100870-52: SG ÖI Platzgestaltung

- a) Antrag der SPD Fraktion
 „Streichung des Planansatzes „Stall/Reithalle“, lfd. Nr. 8 in THH10 5110-08 S8OE-INST.SG. Dies bringt Einsparungen von 247.000 €.

Auch hier gilt bereits das vorher Gesagte. Eine Notwendigkeit zum Abriss sehen wir zum heutigen Zeitpunkt nicht, vor allem da bislang noch keine Folgenutzung der Flächen beplant ist und eine Nutzung der Katakomben durch den TSV erfolgt. Hier würden dem Verein Räumlichkeiten ohne Ersatz entzogen werden. Und da eine Verlagerung des Kunstrasens und Aufgabe des Arbeitsplatzes noch nicht in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen sind, kann diese städtische Ausgabe gestrichen werden.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
 Der Abbruch der Reithalle steht im Zusammenhang mit dem Sanierungsgebiet östliche Innenstadt und ist daher auch an die zugehörigen Fristen gebunden. Diese läuft nach aktuellem Kenntnisstand im Jahr 2027 ab. Die Verwaltung kann daher einer Verschiebung des Abbruchs ins Jahr 2026 zustimmen, jedoch nicht einer Streichung dessen.
- c) Empfehlung der Verwaltung
 Dem Antrag wird teilweise zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	247.000 €	0 €	-247.000 €
2026	0 €	247.000 €	+247.000 €

2.23 Errichtung Schotterweg Betty-Essinger-Weg zum Kiga Safari

II/R10

THH 10 / Profitcenter 541001

Kostenstelle 54105011/Kostenart 42120000

- a) Antrag der SPD Fraktion
„Errichtung eines geschotterten Fußwegs im Betty-Essinger-Weg zum Kindergarten Safari mit einem Planansatz von 10.000 €.

Bereits im vergangenen Jahr hat ein Mitglied unserer Fraktion an die Verwaltung die Bitte gerichtet, einen verkehrssicheren Zuweg vom Kindergarten Safari zu schaffen. Die Überfüllung durch Elterntaxis führt an dieser Stelle zu unsicheren Situationen, wenn Eltern mit Kinderwägen auf der Straße laufen müssen. Auch zu Unfällen kam es dort leider bereits. Eine kurzfristige Lösung wurde eigentlich bereits zugesagt, bis heute aber noch nicht umgesetzt. Daher beantragen wir die Schaffung eines geschotterten Fußwegs, um mit minimalem finanziellem Aufwand die Verkehrssicherheit zu erhöhen.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Der Weg ist bereits beim Baubetriebshof beauftragt. Es sind keine zusätzlichen Mittel erforderlich.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €

2.24 Streichung der Mittel für den Kreisverkehr in Roßfeld

II/R10

THH 10 / Profitcenter 541001

I-Auftrag I54100170-E6: Kreisverkehr in Roßfeld

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Wir beantragen, die Mittel für den Kreisverkehr in Roßfeld in Höhe von 200.000 Euro für das Jahr 2027 und in Höhe von 2.000.000 Euro für das Jahr 2028 ersatzlos aus der mittelfristigen Finanzplanung zu streichen.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die Verkehrsuntersuchung des IB Bernard ergab, dass ein Umbau des Kreisverkehrs zum Turbokreisverkehr mit 45 m Durchmesser eine deutliche Verbesserung der Verkehrssituation bringen könnte. Daher empfehlen wir, diese Mittel nicht zu streichen.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2027	200.000 €	200.000 €	±0 €
2028	2.000.000 €	2.000.000 €	±0 €

2.25 Errichtung eines Turbokreisverkehrs am Bullinger Eck

II/R10

THH 10 / Profitcenter 541001

I-Auftrag I54100170-G1: Turbokreisverkehr am Bullinger Eck

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Wir beantragen eine Aufschiebung der Entscheidung über die Errichtung eines Turbokreisverkehrs am Bullinger Eck bis zur Entscheidung über die generelle verkehrliche Entwicklung in der Innenstadt und die Mittel für den Kreisverkehr in Höhe von 200.000 Euro für das Jahr 2026 sowie in Höhe von 2.000.000 Euro für das Jahr 2027 aus der mittelfristigen Finanzplanung zu streichen.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die Verwaltung sieht den Ausbau des Kreisverkehrs am Bullinger Eck als prioritär an. Die Verkehrsuntersuchungen im Vorfeld des Verkehrsversuches haben ergeben, dass er, unabhängig von der Entwicklung der Verkehrssituation in der Innenstadt, schon heute überlastet ist. Daher ist die Notwendigkeit des Umbaus nicht von der weiteren Entwicklung abhängig.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2026	200.000 €	200.000 €	±0 €
2027	2.000.000 €	2.000.000 €	±0 €

2.26 Verschiebung Tiefgaragensanierung und Streichung der Mittel für die optische Aufwertung und Verbreiterung der Stellplätze der Rathaustiefgarage

II/R10

THH Unterhaltung sonst. Vermögen / Profitcenter 5460 u. 1124

Kostenstelle 54605020 bzw. 77770000/Kostenart 42120000

Kostenstelle 11243920 bzw. 77770000/Kostenart 42120000

a) Antrag der AWW-Fraktion

„Die Mittelbereitstellung erfolgt durch die Verschiebung der Kosten für die Tiefgaragensanierung, die wir kommende Woche beantragen werden [...]“

und

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

„Wir beantragen, die Mittel für die optische Aufwertung und die Verbreiterung der Stellplätze der Rathaustiefgarage in Höhe von 50.000 Euro aus dem Haushaltplan 2025 und in Höhe von 200.000 Euro aus der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Crailsheim zu streichen.“

b) Stellungnahme der Verwaltung

Ein Teil der Maßnahmen ist sicherheitsrelevant und kann nicht aufgeschoben werden. Siehe dazu die ergänzenden Informationen zur Sitzungsvorlage 2024/231. Diese Maßnahmen in Höhe von 420.000 € sind zwingend erforderlich, da sonst eine Sperrung der Tiefgarage droht.

Die Betonsanierung und der Neuanstrich können verschoben werden, es bietet sich aber an, diese auch mit zu erledigen. Die Neugestaltung ist auch ein Stadtmarketingaspekt, der die Attraktivität der Innenstadt erhöht.

Zudem wurde vom Gemeinderat am 14.11.2024 beschlossen, dass alle Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Es wird auf den Beschluss des Gemeinderats vom 14.11.2024 verwiesen.

c) Empfehlung der Verwaltung

Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	550.000 €	550.000 €	±0 €
2026	265.000 €	265.000 €	±0 €
2027	0 €	0 €	±0 €

2.27 Erhöhung der Parkgebühren der Stadt Crailsheim

II/R10

THH 10 / Profitcenter 5460

Kostenstelle 54605010/54605020/54605050/54605060/54605070 bzw. 77770000

Kostenart 33210000

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Anreize zur Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel können mit der Parkraumbewirtschaftung geschaffen werden. Auch effizientes Parken und die Verringerung von Lärm- und Abgasbelastung sind darüber zu steuern. Zudem müssen die Errichtung und der Unterhalt von Parkplätzen auskömmlich finanziert sein. Die Parkgebühren der Stadt Crailsheim sind zu niedrig, um diese Ziele zu erreichen.

Wir beantragen, die Parkgebühren der Stadt Crailsheim auf 2,00 Euro pro Stunde in der Tiefgarage, 1,00 Euro pro 30 Min. in Parkgebührenzone 1, 60 Cent pro 30 min. in Parkgebührenzone 2 und 60 Cent pro Stunde in Parkgebührenzone 3 festzusetzen. Die Einnahmen aus den Parkgebühren wären demnach entsprechend um 400.000 Euro jährlich höher zu kalkulieren.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Der Antrag ist aktuell unzulässig, da für eine Erhöhung der Parkgebühren eine neue Satzung erlassen werden müsste. Dies kann nicht im Rahmen des Haushalts beschlossen werden und auch nicht durch einen geschäftsführenden Gemeinderat.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	405.000 €	405.000 €	±0 €
2026	405.000 €	405.000 €	±0 €
2027	405.000 €	405.000 €	±0 €
2028	405.000 €	405.000 €	±0 €

2.28 Einführung eines „On-Demand-ÖPNV“

II/R10

THH 10 / Profitcenter 5470

Kostenstelle 54705010 / Kostenart 42710000

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Wir beantragen die Einführung des On-Demand-ÖPNVs und hierfür 400.000 Euro in den Haushaltsplan 2025 der Stadt Crailsheim aufzunehmen.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Siehe Antrag Nr. 2.29
- c) Empfehlung der Verwaltung
Siehe Antrag Nr. 2.29

THH 10 / Profitcenter 5470

Kostenstelle 54705010 bzw. 77770000/Kostenart 43180000

- a) Antrag der AWW-Fraktion
- „a. Die Kosten für den On-Demand-Verkehr in Höhe von 400.000€ bleiben im Haushalt enthalten.
- b. Sachverhalt und Begründung: Die Verbesserung und Ausweitung des ÖPNV ist ein zentraler Punkt zur Verbesserung der Verkehrsströme in Crailsheim, zur besseren Anbindung der Ortsteile und der Schaffung von sicheren Wegen für Frauen, Kinder und ältere Menschen. Gerade bei diesen Gruppen ist der On-Demand-Verkehr eine entscheidende Komponente für die Steigerung der Lebensqualität. Zudem ist es notwendig, dass wir uns aktiver in die nicht durchdachte Politik des Landkreises beim Thema Kreisverkehr einbringen und uns möglicherweise auch etwas unabhängiger davon machen.
- c. Die Mittelbereitstellung erfolgt durch die Verschiebung der Kosten für die Tiefgaragensanierung oder den Erlösen aus dem Verkauf der Luftreinigungsgeräte.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Ein Betriebskonzept für einen On-Demand-Verkehr ist derzeit noch in Erarbeitung. Es zeichnet sich aber schon ab, dass 400.000 € als Zuschuss für ein On-Demand-System nicht ausreichen werden, da es momentan keine Möglichkeiten für eine Förderung gibt. Fördermöglichkeiten werden evtl. 2026 gegeben sein, daher empfiehlt die Verwaltung, den Betrag 2025 noch nicht einzustellen.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €
2026	0 €	0 €	±0 €
2027	0 €	0 €	±0 €
2028	0 €	0 €	±0 €

2.30 Spielplatzaufwertung für Kleinkinder

II/R10

THH 10 / Profitcenter 5510

I-Auftrag I5510071-01: PARK lfd. Betrieb bew. Vermögen

- a) Antrag der SPD Fraktion
„Spielplatzaufwertungen für Kleinkinder mit einem Planansatz von 50.000 €.

In vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass unser Spielplatzangebot grundsätzlich gut ist, aber ein konkretes Angebot an Spielelementen für Kleinstkinder fehlt, besonders auffällig sei dies beispielsweise im Roten Buck. Dies wollen wir so nicht hinnehmen, sondern aktiv verändern. Damit dies im Rahmen der Spielplatzkonzeption auch berücksichtigt werden kann, stellen wir 50.000 € in den städtischen Haushalt ein.“

- b) Stellungnahme der Verwaltung
Es ist richtig, dass der Spielplatz Roter Buck, der im Spielplatzkonzept als A-Standort enthalten ist, keine Spielmöglichkeiten für Kleinkinder aufweist. Dort ist die Ergänzung eines solchen Bereiches aus Platzgründen schwierig. An anderer Stelle könnten mit den beantragten Mitteln Ergänzungen erfolgen.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	50.000 €	+50.000 €

2.31 Maßnahmen zur Entsiegelung und Begrünung von Flächen

II/R10

THH 10 / Profitcenter 5610-09

Kostenstelle 56105020 (Klimaschutz) / Kostenart 42710000

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Wir beantragen, dass die Stadt Crailsheim Maßnahmen zur Entsiegelung und Begrünung von Flächen plant, entwickelt und ergreift und hierfür 60.000 Euro in den Haushaltsplan 2025 der Stadt Crailsheim aufgenommen werden.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die Entsiegelung von Flächen soll Bestandteil des anstehenden Freiraumkonzeptes für die Innenstadt sein. Darüber hinaus wäre ein Konzept für die Gesamtstadt zu teuer. Maßnahmenbezogen können aber bei jeder anstehenden Einzelmaßnahme Potentiale zur Entsiegelung geprüft und umgesetzt werden. Dazu ist kein separater Haushaltsansatz notwendig.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Der Antrag wird abgelehnt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	0 €	±0 €

2.32 Streichung Mitgliedschaft „Energiekarawane“

II/R10

THH 10 / Profitcenter 5610-09

Kostenstelle 56105020 bzw. 77770000/Kostenart 42710000

- a) Antrag des Stadtrats Gansky
„Die Mitgliedschaft bei der „Energiekarawane“ soll uns 17.000 € kosten! Wenn die Fraktion der Grünen diese Kosten übernimmt, gerne. Aber die BLC will für diese überteuerte Mitgliedschaft keine Steuergelder verschwenden. (S.372)“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Es gibt einen Gemeinderatsbeschluss an der Energieberatungskampagne „Energiekarawane“ teilzunehmen. Es handelt sich nicht um eine Mitgliedschaft, sondern die Mittel sind für eine Auftaktveranstaltung in einem Stadtteil und die anschließenden Beratungstermine von Energieberatern bei interessierten Bürgern vorgesehen. Die Höhe beruht auf dem Erfahrungswert aus dem Gebiet Sauerbrunnen 2023.

Da die Vorbereitung und Umsetzung das städtische Klimaschutzmanagement zeitlich stark bindet, ist ein Aussetzen 2025 gerechtfertigt, da eine Stellenneubesetzung ansteht.

- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird teilweise zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	17.000 €	0 €	-17.000 €
2026	17.000 €	17.000 €	±0 €
2027	17.000 €	17.000 €	±0 €
2028	17.000 €	17.000 €	±0 €

2.33 Streichung der Mittel für Wohnmobilstellplätze

I/R4/R10

THH 4 / Profitcenter 5750

I-Auftrag I57500070-04: Tourismus Baumaßnahme

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
„Wir beantragen, die Mittel für Wohnmobilstellplätze in Höhe von 50.000 Euro für das Jahr 2026 und in Höhe von 500.000 Euro für das Jahr 2027 ersatzlos aus der mittelfristigen Finanzplanung zu streichen.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Siehe Antrag Nr. 2.34
- c) Empfehlung der Verwaltung
Siehe Antrag Nr. 2.34

2.34 Wohnmobilstellplätze

I/R4/R10

THH 4 / Profitcenter 5750

I-Auftrag I57500070-04: Tourismus Baumaßnahme

- a) Antrag der AWW-Fraktion
- „a. Wir beantragen die Planungskosten in Höhe von 50.000 € für den Bau der Wohnmobilstellplätze auf dem Volksfestplatz umzuschichten und stattdessen, gem. den Plänen der SIVO 2024/239, direkt für den Bau zu verwenden und das Vorhaben baldmöglichst, also spätestens 2026 umzusetzen.
- b. Sachverhalt und Begründung: Die Kosten, sowohl durch den Wegfall von Förderungen, als auch die Realisierung am Volksfestplatz stehen in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis, nämlich einer zusätzlichen Attraktivitätssteigerung und einem zusätzlichen Angebot für Gäste. Der Standort unterhalb der Jagstbrücke ist für Touristen deutlich attraktiver und aus unserer Sicht der Richtige. Menschen können dort verweilen und die kurzen Wege in die Innenstadt nutzen. Menschen, die nur auf der Durchreise sind und lediglich einen Schlafplatz benötigen, werden diesen auch an anderer Stelle auf der Gemarkung Crailsheim finden.
- c. Kosten: entstehen keine, sie werden nur umgeschichtet.“
- b) Stellungnahme der Verwaltung
Die Verwaltung befürwortet den Antrag der AWW. Es wird auf die Sitzungsvorlage 2024/239 verwiesen. Für die Umsetzung reichen die 50.000 € nicht aus. Daher sollte der Ansatz 2026 auf 100.000 € erhöht werden. Der Ansatz von 500.000 € 2027 kann dann entfallen.
- c) Empfehlung der Verwaltung
Dem Antrag wird zugestimmt.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2026	50.000 €	100.000 €	+50.000 €
2027	500.000 €	0 €	-500.000 €

II. Anträge der Verwaltung

Lfd. Nr.

Zust. GK/Ressort

2.35 Zuschuss zum Vereinsheim SV Westgartshausen

II/R6/R8

THH 6 / Profitcenter 1114-06

I-Auftrag I11140670-XX: Zuschuss SV Westgartshausen

I-Auftrag I52200071-02: Zuschussprogramm Innen vor Außen

a) Begründung

Es wird auf Sitzungsvorlage Nr. 2024/413 verwiesen und die Diskussion im Gemeinderat am 14.11.2024.

Dem SV Westgartshausen soll ein Zuschuss von 18.000 € seitens der Stadt gegeben werden. Damit kann der Verein entsprechende Förderungen aus dem Programm LEADER und aus dem Programm ELR für die geplanten Maßnahmen am Vereinsheim beantragen.

Eine Deckung der Mehrausgaben im städtischen Haushalt soll beim städtischen Zuschussprogramm „Innen vor Außen“ erfolgen.

b) Antrag

Bereitstellung der Auszahlung auf I11140670-XX in Höhe von 18.000 € im Jahr 2025.

Verringerung der Auszahlung auf I52200071-02 von 100.000 € um 18.000 € auf 82.000 € im Jahr 2025.

I-Auftrag I11140670-XX: Zuschuss SV Westgartshausen

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	18.000 €	+18.000 €

I-Auftrag I52200071-02: Zuschussprogramm Innen vor Außen

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	100.000 €	82.000 €	-18.000 €

2.36 Vermietung Burgbergstraße 45 in 2025

II/R9

THH 9 / Profitcenter 1124

Kostenstelle 11243103/Kostenart 34110000

a) Begründung

Es wurde bisher davon ausgegangen, dass die Vermietung der Burgbergstraße 45 an den bisherigen Mieter am 31.12.2024 endet. Nun wurde der Mietvertrag bis 31.12.2025 verlängert. Die zusätzlichen Mieterträge werden im Ergebnishaushalt angemeldet.

b) Antrag

Erhöhung des Ertrags Kostenstelle 11243103 und Kostenart 34110000 um 11.760 € im Jahr 2025.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	11.760 €	+11.760 €

THH 9 / Profitcenter 1124

I-Auftrag I11240070-11: Rathaus

a) Begründung

Im Bereich des Arkadenbaus, unterhalb der Ratsgasse liegen mehrere Kellerräume in denen unter anderem der städtische Glasfaseranschluss verortet ist. Hier kommt es bereits seit längerem zu einem Wassereintritt, der sich jüngst nochmals deutlich verschlimmert hat. Inzwischen werden ernste Einschränkungen für die Internetanbindung der Stadtverwaltung befürchtet. Es besteht Handlungsbedarf.

Hierfür muss nach aktuellem Stand im kommenden Jahr die Ratsgasse gesperrt und großflächig geöffnet werden um die Kellerräume dauerhaft abdichten zu können.

b) Antrag

Erhöhung der Auszahlung auf I11240070-11 von 350.000 € um 150.000 € auf 500.000 € im Jahr 2025.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	350.000 €	500.000 €	+150.000 €

2.38 Fahrradabstellplatz für Mitarbeiter und Fahrradabstellplatz für die Öffentlichkeit an der Stadtbücherei mit zugehörigen Förderungen

II/R9/R10

THH 9 / Profitcenter 1124

I-Auftrag I11240070-10: Schlossplatz 2 Baumaßnahme

I-Auftrag I11240076-07: Schlossplatz 2 Baumaßnahme Zuschuss

a) Begründung

Aufgrund der bisherigen Angebote werden die eingestellten Mittel für die Fahrradabstellanlage für die Mitarbeiter und die Fahrradabstellanlage für die Öffentlichkeit nicht ausreichend sein. Deshalb müssen für diese Maßnahmen höhere Haushaltsansätze bereitgestellt werden.

b) Antrag

Erhöhung der Auszahlung auf I11240070-10 von 18.060 € um 11.940 € auf 30.000 € im Jahr 2025 für den Fahrradabstellplatz für Mitarbeiter.

Erhöhung der Auszahlung auf I11240070-10 von 36.130 € um 8.870 € auf 45.000 € im Jahr 2025 für den Fahrradabstellplatz für die Öffentlichkeit.

Erhöhung der Einzahlung auf I11240076-07 von 18.060 € um 23.940 € auf 42.000 € im Jahr 2025 als Zuschuss für die beiden Fahrradabstellanlagen am Schlossplatz.

I-Auftrag I11240070-10: Schlossplatz 2 Baumaßnahme

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	18.060 €	30.000 €	+11.940 €
2025	36.130 €	45.000 €	+8.870 €

I-Auftrag I11240076-07: Schlossplatz 2 Baumaßnahme Zuschuss

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	18.060 €	42.000 €	+23.940 €

THH 3 / Profitcenter 211001

I-Auftrag I21100170-02 : Schule Onolzheim Sanierung

a) Begründung

Mit der Sitzungsvorlage 2024/316 Vergabe Sanierung Kindergarten Goldbach und der Sitzungsvorlage 2024/365 Vergabe Generalunternehmerleistungen Schafstall Westgartshausen wurden Mittel zur Deckung von projektspezifischen Mehrkosten aus dem genannten I-Auftrag übertragen, da diese im Jahr 2024 auf Grund personeller Kapazitäten weder verplant noch abgerufen werden konnten.

Für den Kindergarten Goldbach wurden 200.000 € umgebucht, für die Schafscheuer Westgartshausen sind 90.000 € zur Umschichtung vorgesehen.

Da inzwischen weitere Begehungen erfolgt sind, kann zumindest der unmittelbare Handlungsbedarf am alten Schulhaus etwas relativiert werden. Auf Grund der angespannten Haushaltslage und fehlender Personalkapazitäten wird diese Maßnahme daher vorerst zurückgestellt und ggfs. für einen folgenden Haushalt erneut angemeldet.

Die Radonsanierung soll aber weiterhin beauftragt werden, hierfür werden daher Mittel nachgemeldet.

b) Antrag

Erhöhung der Auszahlung auf I21100170-02 um 90.000 € auf 90.000 € im Jahr 2025.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	90.000 €	+90.000 €
2026	100.000 €	100.000 €	±0 €

THH 3 / Profitcenter 211006

I-Auftrag I21100670-02: Albert-Schweitzer-Gymnasium Umstrukturierung

a) Begründung

Aufgrund vom Gemeinderat geforderter Umplanungen und Ausarbeitung von Alternativen konnte in der ursprünglich vorgesehenen Terminalschiene kein abschließender Beschluss zur Umsetzung, geschweige denn eine Vergabeentscheidung der Arbeiten getroffen werden. Daher verfallen die bereits mehrfach übertragenen Restmittel aus dem Neubau des Fahrradständers zum Jahresende.

Da eine Entscheidung über die umzusetzende Variante erst nach Konstituierung des neuen Gemeinderates getroffen werden kann, werden im Jahr 2025 noch keine Planungsmittel benötigt. Für die Umsetzung werden Mittel im Jahr 2026 angemeldet. Sollen noch im Jahr 2025 Verpflichtungen eingegangen werden, werden diese Mittel mit einer Verpflichtungsermächtigung versehen. Weitere Mittel werden im folgenden Haushaltsplan angemeldet.

b) Antrag

Senkung der Auszahlung auf I21100670-02 um 250.000 € auf 0 € im Jahr 2025.

Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2025 für das Jahr 2026 in Höhe von 50.000 €.

Erhöhung der Auszahlung auf I21100670-02 um 50.000 € auf 50.000 € im Jahr 2026.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	250.000 €	0 €	-250.000 €
VE25	0 €	50.000 €	+50.000 €
2026	0 €	50.000 €	+50.000 €

2.41 Lautsprecheranlage und Videoüberwachung Fränkisches Volksfest

II/R6

THH 6 / Profitcenter 2810

Kostenstelle 28105140/Kostenart 42710000

- a) Begründung
Das aktuelle Sicherheitskonzept für das Fränkische Volksfest sieht ab dem Jahr 2025 eine Lautsprecher- und eine Videoüberwachungsanlage vor. Die Anlagen sollen angemietet werden.
- b) Antrag
Erhöhung des Aufwands auf Kostenstelle 28105140 und Kostenart 42710000 von 120.000 Euro um 40.000 Euro auf 160.000 Euro im Jahr 2025.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	120.000 €	160.000 €	+40.000 €

2.42 Nicht investive Sportförderung

II/R6

THH 6 / Profitcenter 4210

Kostenstelle 42105010/Kostenart 43180000

a) Begründung

Zur Förderung des Sports werden Zuschüsse an den Stadtverband für Sport und an Vereine auf Antrag ausgezahlt. Durch einen Übertragungsfehler wurden diese Mittel vergessen.

b) Antrag

Erhöhung des Aufwands auf Kostenstelle 42105010 und Kostenart 43180000 von 93.000 Euro um 62.000 Euro auf 155.000 Euro im Jahr 2025.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	93.000 €	155.000 €	+62.000 €

2.43 Radweg Crailsheim-Beuerlbach Zuschuss

II/R10

THH 10 / Profitcenter 541001

I-Auftrag I54100176-C2 Zuschuss Radweg Crailsheim-Beuerlbach

a) Begründung

Im Haushaltsplan 2025 waren ursprünglich 420.000 € für den Zuschuss durch das Regierungspräsidium Stuttgart eingestellt. Die Rückmeldung nach der Prüfung des Antrags ergab, dass der Zuschuss geringer ausfallen wird.

b) Antrag

Verringerung der Einzahlung auf I54100176-C2 von 420.000 € um 120.000 € auf 300.000 € im Jahr 2025.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	420.000 €	300.000 €	-120.000 €

2.44 Bike & Ride Fahrradabstellanlage Bahnhof

II/R10

THH 10 / Profitcenter 5460

I-Auftrag I54600070-02: Parkierungseinrichtungen Baumaßnahme

I-Auftrag I54600076-01: Parkierungseinrichtungen Zuschuss

a) Begründung

Im Haushaltsplan 2023/2024 waren ursprünglich 45.000 € für die Errichtung einer Radabstellanlage am Bahnhof eingestellt. Die Ausarbeitung des Bike & Ride Offensive Konzepts für die Abstellanlage hatte sich verzögert und es wurde nicht 2023/2024 umgesetzt. Die Kosten bzw. der Eigenanteil im Rahmen des B&R Offensive Konzepts sind, aufgrund der festgelegten Auftragnehmer, etwas höher ausgefallen.

Aufgrund der Steigerung der Gesamtausgaben bei I54600070-02 Parkierungseinrichtungen Baumaßnahme für die Errichtung der Bike & Ride Fahrradabstellanlage erhöhen sich entsprechend die zuwendungsfähigen Mittel.

Die Bruttokosten belaufen sich auf 176.600 €. Mit der Förderung von 123.620 € beträgt der städtische Eigenanteil folglich 52.980 €.

b) Antrag

Erhöhung der Auszahlung auf I54600070-02 von 150.000 € um 26.600 € auf 176.600 € im Jahr 2025.

Erhöhung der Einzahlung auf I54600076-01 von 105.000 € um 18.620 € auf 123.620 € im Jahr 2025.

I-Auftrag I54600070-02: Parkierungseinrichtungen Baumaßnahme

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	150.000 €	176.600 €	+26.600 €

I-Auftrag I54600076-01: Parkierungseinrichtungen Zuschuss

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	105.000 €	123.620 €	+18.620 €

2.45 Ersatzbeschaffungen Spielgeräte

II/R10

THH 10 / Profitcenter 5510

I-Auftrag I55100071-01: Park- und Grünanlagen und Spielplätze

- a) Begründung
Für die nicht planbare Ersatzbeschaffung abgängiger Spielgeräte auf Spielplätzen ist ein jährliches Budget von 40.000 € erforderlich. Die Anmeldung hierfür wurde durch einen Übertragungsfehler vergessen und wird hiermit nachgeholt.
- b) Antrag
Erhöhung der Auszahlung auf I55100071-01 um jeweils 40.000 € auf 40.000 € in den Jahren 2025 bis 2028.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	40.000 €	+40.000 €
2026	0 €	40.000 €	+40.000 €
2027	0 €	40.000 €	+40.000 €
2028	0 €	40.000 €	+40.000 €

2.46 Wegebau an der Leichenhalle Friedhof Westgartshausen

II/R10

THH 10 / Profitcenter 5530

I-Auftrag I55300070-04: Westgartshausen Friedhof lfd. Betrieb Baumaßnahme und

I-Auftrag I55300070-01: Hauptfriedhof lfd. Betrieb Baumaßnahme

a) Begründung

Die im Haushaltsplanentwurf eingestellten Mittel für den Wegebau an der Leichenhalle am Hauptfriedhof in Höhe von 30.000 € werden nicht benötigt. Diese sind fehlerhaft aufgeführt und werden für den Wegebau Leichenhalle im Friedhof Westgartshausen benötigt.

Die Haushaltsmittel sollen durch den Antrag lediglich umgeschichtet werden.

b) Antrag

Erhöhung der Auszahlung auf I55300070-04 von 16.100 € um 30.000 € auf 46.100 € im Jahr 2025.

Senkung der Auszahlung auf I55300070-01 von 30.000 € um 30.000 € auf 0 € im Jahr 2025.

I-Auftrag I55300070-04: WGH Friedh. lfd. Betrieb Baumaßnahme

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	16.100 €	46.100 €	+30.000 €

I-Auftrag I55300070-01: Hauptfriedhof lfd. Betrieb Baumaßnahme

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	30.000 €	0 €	-30.000 €

THH 10 / Profitcenter 5530

I-Auftrag I55300070-10: Tiefenbach Friedhof lfd. Betrieb Baumaßnahme

a) Begründung

Laut Bedarfsplanung sind freie Urnenwahlgräber nur noch bis 2026 verfügbar. Analog zu den anderen Stadtteilstädtefriedhöfen sollen in Tiefenbach künftig auch Baumgräber angeboten werden. Bei den ursprünglichen Haushaltsanmeldungen wurden die Mittelansätze für den Friedhof in Tiefenbach vergessen.

Es werden 50.000 € für Urnenwahlgräber und 16.100 € für Schaukasten und Stele Baumgräber am Friedhof Tiefenbach angemeldet.

b) Antrag

Erhöhung der Auszahlung auf I55300070-10 um 66.100 € auf 66.100 € im Jahr 2025.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	0 €	66.100 €	+66.100 €

THH 10 / Profitcenter 5540-08

I-Auftrag I55400870-03: Naturschutzrechtliche Baumaßnahme

a) Begründung

Mit den Sitzungsvorlagen 2024/365 und 2024/409 zur Vergabe der Planungs- und Bauleistungen für den Neubau des Schafstalls in Westgartshausen wurden bereits Mittel in Höhe von 90.000,00 € von der Schule Onolzheim übertragen, um für die Vergabeentscheidung ausreichend Mittel zur Verfügung zu haben.

Ursache des Änderungsantrags sind weitere Mehrkosten in Höhe von 40.000 € für die Leistungserhöhung der Stromleitung für die Grundversorgung und die vorgesehene PV-Anlage des Neubaus. Diese sind nicht Teil des Hauptauftrages und werden zu einem späteren Zeitpunkt fällig.

b) Antrag

Erhöhung der Auszahlung auf I55400870-03 von 900.000 € um 40.000 € auf 940.000 € im Jahr 2025.

Jahre	HH-Entwurf	Änderungsanträge	Veränderungen
2025	900.000 €	940.000 €	+40.000 €

III. Nicht haushaltsrelevante Anträge

Für den Haushaltsplan 2025 wurden keine haushaltsirrelevanten Anträge, die den Bau- und Sozialausschuss betreffen, gestellt.